

## Analyse

# Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt 2009 im Überblick

Von Heiko Pleines, Bremen

## Einleitung

Der russisch-ukrainische Erdgashandel besteht aus zwei Elementen. Zum einen importiert die Ukraine Erdgas und gehört zu den größten Abnehmerländern des russischen Erdgaskonzerns Gazprom. Zum anderen ist die Ukraine das wichtigste Transitland für Gazproms Erdgasexporte. Der Erdgashandel ist seit dem Ende der Sowjetunion regelmäßig Gegenstand von Konflikten auf dem Gebiet der GUS. Die Ukraine hat mit Russland mehrfach Erdgaskonflikte ausgefochten, die zu Lieferstopps geführt haben. Im Januar 2009 kam es erneut zu einer Eskalation des Erdgasstreits.

Auf russischer Seite versucht Gazprom schon seit einigen Jahren sein wirtschaftliches Ergebnis durch höhere Preise für Erdgaslieferungen in die GUS zu verbessern. Die GUS hat einen Anteil von mehr als einem Drittel an Gazproms Erdgasexporten. Die Ukraine allein hat einen Anteil von 20 % und liegt damit vor Deutschland. Gleichzeitig hat Gazprom ein Interesse daran, die ukrainischen Erdgaspipelines zu übernehmen, um den Transit besser kontrollieren zu können. Langfristig versucht Gazprom außerdem, die Bedeutung der Ukraine als Transitland durch nördliche und südliche Umgehungsrouten durch die Ostsee (NordStream) bzw. das Schwarze Meer (SouthStream) zu reduzieren.

Die politische Führung Russlands nutzte diesen Konflikt, um der Ukraine angesichts ihrer Westorientierung (symbolisiert durch das Interesse an einer NATO-Mitgliedschaft) die Abhängigkeit von Russland zu demonstrieren. Auch hier bestätigt sich (wie schon im Südossetien-Krieg), dass Russland seine Interessen in der GUS aggressiv vertritt und immer weniger Rücksicht auf internationale Reaktionen nimmt.

Die Ukraine wiederum steht mit dem Rücken zur Wand. Das Land dürfte der Zahlungsunfähigkeit in Folge der internationalen Finanzkrise wohl nur durch einen IWF-Kredit in Höhe von 16,4 Mrd. US-Dollar entgangen sein. Da die Erdgasimporte über eine staatliche Firma abgewickelt werden und der Staat für ukrainische Privatverbraucher den Erdgaspreis stark subventioniert, bedeutet der Erdgashandel eine erhebliche finanzielle Belastung für den Staatshaushalt. Die ukrainischen Zahlungen für Erdgasimporte (ohne Verzugszinsen und Strafzahlungen) beliefen sich 2008 auf über 8 Mrd. US-Dollar. Eine volle Weitergabe der Preiserhöhungen an die Endverbraucher unter den Bedingungen einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise würde für die angeschlagene Koalitionsregierung politischen Selbstmord bedeuten.

Gleichzeitig konnte die Ukraine davon ausgehen, dass Gazprom aufgrund seiner Abhängigkeit von ukrai-

nischen Transitpipelines erpressbar ist, und genau wie 2006 illegalen ukrainischen Gasentnahmen aufgrund der Verpflichtung gegenüber den europäischen Kunden wenig entgegensetzen kann. Eine Beteiligung Gazproms an den Transitpipelines wird von allen politischen Kräften in der Ukraine (einschließlich der »pro-russischen« Partei der Regionen) unter Berufung auf die nationale Sicherheit abgelehnt.

## Chronik

Da eine Einigung über den zukünftigen Lieferpreis bis Ende Dezember 2008 nicht erreicht wurde, stellt Gazprom zum Jahresbeginn 2009 die Erdgaslieferungen an die Ukraine ein. Während Gazprom eine Preiserhöhung von 180 US-Dollar/1000 m<sup>3</sup> auf 250 US-Dollar/1000 m<sup>3</sup> anstrebt (und im Zuge der Eskalation des Streits sogar eine Preisforderung von 450 US-Dollar/1000 m<sup>3</sup> erhebt), will die Ukraine maximal 201 US-Dollar/1000 m<sup>3</sup> zahlen und gleichzeitig die Transitgebühr für russisches Erdgas erhöhen.

Hinzu kommt, dass die Ukraine die Bezahlung des bisher gelieferten Erdgases verzögert. Die Zahlung vom 30.12.2008 kommt nicht mehr zum Jahresende bei Gazprom an. Zusätzlich fordert Gazprom noch 0,6 Mrd. US-Dollar an Zins- und Strafzahlungen. Diese Forderung wird jedoch von der ukrainischen Seite nicht anerkannt. Gazprom erhebt deswegen Klage vor dem internationalen Wirtschaftsschiedsgericht in Stockholm, das grundsätzlich in den russisch-ukrainischen Erdgasverträgen als Schlichtungsorgan vorgesehen ist, bisher jedoch nicht die Möglichkeit erhielt nachhaltig tätig zu werden.

Nach eigenen Angaben liefert Gazprom Anfang Januar 2009 weiterhin in vollem Umfang Erdgas für den Transit durch die Ukraine. Bei europäischen Abnehmern kommt es jedoch trotzdem zu einem Lieferrückgang. Gazprom macht illegale Entnahmen der Ukraine hierfür verantwortlich. Die Ukraine lässt verlauten, Gazprom habe die Liefermengen wohl reduziert,

weil es aufgrund des kalten Winters nicht über ausreichende Gasvorräte verfüge.

Mit dem Vorwurf der illegalen Entnahmen durch die Ukraine begründet Gazprom am 7.1.2009 die vollständige Einstellung von Gaslieferungen in Richtung Ukraine. Die russischen Lieferungen nach Europa gehen deshalb drastisch zurück. Einige Länder auf dem Balkan und in Mitteleuropa erhalten überhaupt keine russischen Lieferungen mehr. Am stärksten betroffen sind Bulgarien, die Slowakei und Moldawien.

Unter Vermittlung der EU einigen sich Russland und die Ukraine auf eine Wiederaufnahme des Transits. Eine Beobachtermission der EU soll den Gastransit überwachen und bei Bedarf klären, ob fehlende Lieferungen der russischen oder ukrainischen Seite anzulasten sind. Die ukrainische Seite fügt in das Abkommen bei der Unterschrift einseitig eine Zusatzklärung ein, woraufhin die russische Seite das Abkommen aussetzt. Am 12.1.2009 wird das Abkommen schließlich ohne Zusätze unterzeichnet und die EU-Beobachter nehmen ihre Arbeit auf. Es stellt sich jedoch heraus, dass sie aufgrund eingeschränkten Zugangs zu den Verteilerzentren nicht in der Lage sind, die Erdgaslieferungen umfassend zu überprüfen.

Wenige Stunden nach der Wiederaufnahme der Lieferungen durch Russland stellt die Ukraine am 14.1.2009 den Transit ein, da die russische Liefermenge nicht ausreiche, den erforderlichen Druck zu erzeugen. Die Ukraine verwendet deshalb einen Teil der russischen Lieferung als technisches Gas. Der russische Präsident Dmitri Medwedew lädt daraufhin alle Konfliktparteien zu einem Krisengipfel nach Moskau ein.

Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin trifft sich am 16.1.2009 in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Er schlägt vor, dass die EU-Erdgaskunden für die Ukraine das technische Gas bereitstellen. Im Kontext des Besuchs wird (u. a. durch den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft) auch der Vorschlag aufgegriffen, ein internationales Konsortium als Betreiber der ukrainischen Transitpipelines einzusetzen.

Beim Krisengipfel in Moskau am 18.1.2009 einigt sich Putin dann mit seiner ukrainischen Amtskollegin Julia Timoschenko auf eine Lösung. Es werden

zwei separate Verträge für den ukrainischen Erdgastransit und den ukrainischen Erdgasimport entworfen. Zusätzlich wird die Rolle eines westlichen Konsortiums bei der Betreibung der ukrainischen Transitpipelines diskutiert. Die Verträge zu Transit und Import werden am 19.1.2009 von beiden Seiten unterschrieben. Am 20.1.2009 werden die russischen Gaslieferungen in Richtung Ukraine wieder aufgenommen.

Die Verträge haben eine Laufzeit bis 2019. Die ukrainischen Import- und Transitzpreise sollen an die europäische Preisformel (Koppelung an den Erdölpreis mit quartalsweiser Berechnung) angeglichen werden. Für 2009 soll die Ukraine einen Rabatt von 20 % erhalten und dafür im Gegenzug die Transitzpreise nicht erhöhen. Zwischenhändler sind nicht mehr vorgesehen.

### Ausblick

Mit dem Ausschluss der Zwischenhändler und dem Übergang zu einer langfristigen, vertraglichen Regelung sind die formalen Grundlagen für einen stabilen Erdgashandel gelegt. Aufgrund der bisherigen Erfahrung mit dem Umgang beider Seiten mit vertraglichen Verpflichtungen muss aber damit gerechnet werden, dass sowohl Zahlungsschwierigkeiten der Ukraine als auch außenpolitische Spannungen zwischen den beiden Ländern schnell wieder zu einer Eskalation führen können.

Die Ukraine muss ihren Energieverbrauch dringend reduzieren, um die aus den neuen Erdgaspreisen resultierenden erheblichen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Belastungen abzufedern. Hinzu kommt als weiteres Problem der große Modernisierungsbedarf des ukrainischen Pipelinennetzes, der wohl nur mit Hilfe ausländischer Investitionen zu decken ist. Während Russland in Reaktion auf den Konflikt mit der Ukraine die Bedeutung seiner Pläne für Exportpipelines unter Umgehung problematischer Transitländer (NordStream und SouthStream) betont, fordern vor allem die ehemals sozialistischen EU-Mitgliedsländer unter Führung von Polen nun verstärkt die Forcierung alternativer Pipelineprojekte und insbesondere der Nabucco-Pipeline.

### Über den Autor

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.